Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 37 (1957-1958)
Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

POLITISCHE RUNDSCHAU

Der Kampf um die Finanzordnung

Der Bundesrat hat die *eidgenössische Volksabstimmung* über die Bundesfinanzreform auf den *11. Mai* angesetzt. Bekanntlich ist es infolge der starken Gegensätze zwischen dem Gros der bürgerlichen Parteien und den Linksgruppen nicht gelungen, eine definitive Ordnung des eidgenössischen Finanzhaushaltes zu schaffen. Aber selbst die befristete Ordnung, das Provisorium, worüber abgestimmt wird, ist erst nach langen Kämpfen zustandegekommen und nach einem Seilziehen zwischen den beiden Hauptgruppen, durch welches oftmals ein bemühender Eindruck entstand. Wegen der scharfen Gegensätze war es auch nicht möglich, das Geschäft in der ordentlichen Wintersession zu bereinigen; es mußte vielmehr eine Sondersession im Januar durchgeführt werden. Immerhin gelang es dann, die Vorlage in den eidgenössischen Räten mit großen Mehrheiten durchzubringen: im Nationalrat mit 118 gegen 52 Stimmen und im Ständerat mit 33 gegen 6 Stimmen.

Die Hauptpositionen dieser neuen Übergangsordnung, welche, das sei hervorgehoben, den Steuerpflichtigen wesentliche Entlastungen bringt — Entlastungen auch in bezug auf die zurzeit bereits ermäßigten Sätze —, sind auf 6 Jahre befristet. Demnach handelt es sich darum, eine weitere provisorische Ordnung zu genehmigen, zum Ersatz der bestehenden, die am 31. Dezember 1958 abläuft. Die Gültigkeit der neuen Ordnung ist für die Zeit vom 1. Januar 1959 bis zum 31. Dezember 1964 bemessen.

Die *wesentlichen Bestimmungen* der neuen Ordnung lassen sich wie folgt zusammenfassen: die Warenumsatzsteuer, die Wehrsteuer und die Biersteuer sind auf 6 Jahre befristet. Bei den Stempelsteuern ist eine wesentliche Ermäßigung vorgesehen, ebenso bei der Couponsteuer, die von 5% auf 3% ermäßigt wird, während sich die Verrechnungssteuer von 25% auf 27% erhöht. Die Warenumsatzsteuer erfährt ebenfalls einen Abbau der Sätze; außerdem kommen alle bisher mit dem Minimum besteuerten Waren auf die Freiliste, dazu Bücher und Medikamente. Eine Bestimmung verhindert die weitere Ausdehnung der Freiliste.

Wesentlich sind die Erleichterungen bei der Besteuerung der natürlichen Personen. Hier fällt einmal die Zusatzsteuer auf dem Vermögen weg. Ferner wird der Beginn der Steuerpflicht der natürlichen Personen von heute Fr. 4000 Einkommen bei Ledigen und von Fr. 5000 bei Verheirateten auf Fr. 6000 bzw. Fr. 7500 hinaufgesetzt. Es werden dadurch ungefähr 650 000 Personen aus der Wehrsteuerpflicht entlassen. Außerdem tritt eine wesentliche Ermäßigung der bestehenden Steuersätze ein. Eine Entlastung erfolgt auch bei den juristischen Personen, vor allem bei den kleinen Gesellschaften, und die Genossenschaften werden offensichtlich bevorzugt. Der steuerfreie Satz bei Rabatten und Rückvergütungen für die Wehrsteuer wird von 5% auf 5,5% erhöht.

Die Biersteuer wird in der bisherigen Höhe weiter erhoben, aber mit der Bestimmung, daß keine Verschärfung vorgenommen werden darf. Der Militärpflichtersatz

geht in Zukunft nicht mehr zu gleichen Teilen an Bund und Kantone, vielmehr werden die Kantone schlechter gestellt, indem sich ihr Anteil auf 20% beschränkt. Dafür wird der Anteil der Kantone an den Treibstoffzöllen dauernd von 50% auf 60% hinaufgesetzt.

Die Vorlage enthält ferner Bestimmungen über die Schuldentilgung, den Finanzausgleich zugunsten schwacher Kantone und das Verbot von Steuerabkommen zwischen Pflichtigen und Kantonen.

Durch die neuen Bestimmungen erleidet der Fiskus einen Steuerausfall von 213 Millionen Franken im Vergleich zu der heute gültigen Ordnung mit ihren ermäßigten Sätzen. Gegenüber dem vorher bestehenden Verfassungsrecht macht der Minderertrag 350 Millionen Franken aus. Dieser Minderertrag hat gewisse Rückwirkungen mit Bezug auf die Schuldentilgung. Während bei der ursprünglichen Ordnung ein Betrag von 508 Millionen zu diesem Zwecke verblieben wäre, der sich bei der geltenden Ordnung auf 371 Millionen ermäßigt, ergibt die entsprechende Ziffer nach der Annahme der Finanzordnung noch 158 Millionen. Die effektiven Entlastungen zugunsten der Steuerzahler betragen gegenüber der ursprünglichen Ordnung 440 Millionen Franken, gegenüber den heute ermäßigten Sätzen immerhin noch 274 Millionen Franken.

Die *sozialdemokratische Partei* und die *Gewerkschaften* haben sich entschlossen, die *Vorlage zu bekämpfen.* In *Opposition* stehen weiter die *Liberalen;* diese aus der Erwägung, daß sich die weitere Erhebung der direkten Bundessteuer unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr rechtfertige, diese vielmehr für Zeiten des ausgesprochenen Notstandes vorbehalten werden müsse. Was die Haltung der Sozialdemokraten und Gewerkschaften anbelangt, so ist sie in ihrer Ablehnung ebenfalls absolut kategorisch. Dieser Umstand ist bereits bei der Abstimmung in den eidgenössischen Räten zum Ausdruck gekommen. Auch lassen die publizistischen Organe der Partei und der Gewerkschaften keinerlei Zweifel an dieser kategorischen Haltung aufkommen. Man hat sich dort bereits dem Schlagwort verschrieben, es handle sich bei der Übergangsordnung um eine «Vorlage des reichen Mannes». Die Ablehnung wird im übrigen mit einem zu großen Ausmaß des Einnahmenausfalls begründet, durch welches insbesondere beabsichtigte Sozialmaßnahmen verunmöglicht würden. Die scharf ablehnende Haltung der Partei geht hervor aus dem jüngsten Beschluß des Parteivorstandes. Dieser hat das Projekt ohne Gegenstimme abgelehnt und sich gleichzeitig insofern weiter festgelegt, als er erklärte, daß

> «im Hinblick auf die einhellige Stellungnahme des Parteivorstandes und die allgemeine Stimmung der Arbeiter und Angestellten gegen diese Vorlage»

von der Einberufung eines außerordentlichen Parteitages zur Behandlung der Vorlage abzusehen sei. Demgegenüber werden die bürgerlichen Parteien, so wie es üblich ist, in den nächsten Wochen Stellung nehmen.

Eben in diesem Punkt scheint die *Haltung des sozialdemokratischen Parteivorstandes* außergewöhnlich und befremdlich. Es soll also in diesem besonderen Falle dem Parteivolk das Recht der Mitsprache, wie es bei uns üblich ist, verweigert werden. Diese Stellungnahme scheint aber nicht unter allen Umständen als Zeichen großer Sicherheit zu werten. Im Gegenteil sieht es so aus, als ob im Grunde gewisse Befürchtungen über die Haltung des Parteivolkes bei diesem Beschluß wesentlich mitgespielt hätten. Man wird in dieser Überlegung bestärkt durch den Umstand, daß die Entlassung mehrerer hunderttausend Steuerpflichtiger aus der Wehrsteuerpflicht und die Erweiterung der Freiliste der Warenumsatzsteuer in sehr weitem Maße gerade den Kreisen zugute-

kommt, deren Vertretung der Parteivorstand der Sozialdemokraten im wesentlichen für sich allein beansprucht.

Daß in der Arbeiterschaft, entgegen der kategorischen Haltung des Parteivorstandes, die Stimmung nicht unbedingt einheitlich ist, scheint auch aus einigen diskreten Äußerungen zweier *Organe der Gewerkschaften* hervorzugehen. So hat sich unlängst der «VHTL», das Organ des «Verbandes der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter», in vorsichtiger Weise wie folgt vernehmen lassen:

> «Werden die stimmberechtigten Mitglieder bereit sein, auf Steuererleichterungen zu verzichten? Werden sie erkennen, daß den kleinen Einkommensbezügern nur entgegengekommen wird, um den Großverdienern um so saftigere Steuerreduktionen schenken zu können? Werden unsere Gewerkschaftskollegen daran denken, daß eine leere oder auch nur eine geschwächte Bundeskasse jeden weiteren sozialen Fortschritt erschwert, vielleicht sogar verunmöglicht?»

Ebenso unsicher wie das erwähnte gewerkschaftliche Organ scheint man sich in den Kreisen des Eisenbahnerverbandes zu fühlen, wird doch dort zu der kommenden Abstimmung vorsichtig wie folgt Stellung genommen:

> «Die Erfahrungen, die in manchen kommunalen und kantonalen Abstimmungen in ähnlichen Fällen gemacht werden mußten, zeigen, daß oft selbst der Gewerkschafter als Stimmbürger angesichts einer kleinen Steuerentlastung das Grundsätzliche übersieht.»

In der Folge gibt übrigens das Blatt des Eisenbahnerverbandes selbst zu, daß die ursprüngliche Vorlage in den letzten Phasen des Bereinigungsverfahrens noch in Richtung eines gewissen Kompromisses — im Sinne der Linken natürlich — korrigiert worden sei.

Diese Äußerungen aus gewerkschaftlichen Kreisen, verbunden mit der auffälligen Stellungnahme des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei, lassen zweifellos auf eine gewisse Unsicherheit schließen. Offensichtlich bestehen vor allem in gewerkschaftlichen Kreisen einige Bedenken, ob die Neinparole wirklich die erforderliche Durchschlagskraft in den eigenen Kreisen erweisen werde, in den Kreisen also, die vor allem in den Genuß der vorgesehenen steuerlichen Erleichterungen kommen werden. Wie dem auch sei: es wird auf alle Fälle auf den Termin des 11. Mai mit einem heftigen Abstimmungskampf zu rechnen sein. Die bürgerlichen Kreise sind in ihrer überwiegenden Mehrheit entschlossen, sich zugunsten der Vorlage einzusetzen.

Mit Recht scheint uns in einem konservativen Organ hervorgehoben zu werden, daß bei einer *Verwerfung der Vorlage* selbstverständlich eine *ganz neue Lage* entstehen müßte, indem in diesem Falle eine unveränderte Weiterführung des bestehenden Provisoriums mit seinen zu hohen Steuern nicht in Frage kommen könnte. Sollte also die Sozialdemokratie am 11. Mai zu einem Erfolg kommen, so wäre damit ihre Sache keineswegs gewonnen, weil das Volk eine Verlängerung des bestehenden Provisoriums mit seinen gegenüber der neuen Vorlage erhöhten Sätzen bestimmt ebenfalls zu Fall bringen würde. Damit aber gewännen die bürgerlichen Parteien ihre *Handlungsfreiheit* zurück, und dieser Umstand dürfte nicht zuletzt einen Einfluß auf die Frage der weiteren Erhebung einer direkten Bundessteuer ausüben.

Bericht aus London

Dem «Gipfel» entgegen

Die vom Ministerpräsidenten Macmillan erteilte Antwort auf Bulganins zweiten Brief macht nun, in vollstem Einverständnis mit Eisenhower und Staatssekretär Dulles, Großbritanniens Eingehen auf die von den Russen vorgeschlagene Gipfelkonferenz unabwendbar. Diese Entwicklung war ja schon im Dezember während der Pariser Atlantischen «Gipfelkonferenz» vorauszusehen, da sich schon dort alle europäischen Teilnehmer über den Druck der öffentlichen Meinung in allen westlichen Ländern in dieser Richtung beklagten. Leider ist eben im Westen keine offensive Volksaufklärung mobilisiert worden, welche der gleichzeitigen Friedens- und Schreckenspropaganda Moskaus entsprechend begegnen und die zynische Heuchelei hinter diesen Freundschaftsschalmeien gründlich bloßlegen könnte. Dabei macht sich ja niemand in britischen Regierungskreisen die geringsten Hoffnungen auf eine Änderung in der starren Einstellung der Kremlgewaltigen, deren Ziel im Augenblick die nukleare Entwaffnung des Westens gegenüber der «konventionellen» sowjetischen Übermacht und die Garantie der Unterjochung Osteuropas durch einen «alleuropäischen Sicherheitspakt» bleibt, ganz abgesehen vom Festhalten an der leninschen Staatsräson der Weltrevolution. Macmillans Commonwealth-Reise, die ja an sich ein Erfolg war, hat ihn dabei von der Stärke der Sehnsucht nach einer Gipfelkonferenz in den asiatischen Ländern des Commonwealth überzeugt. Dazu kommt nun die Komplizierung der Lage im Nahosten durch die syrisch-ägyptische Union, die hier als Antwort auf die im Januar erfolgte Stärkung des Bagdadpaktes durch die Konferenz von Ankara gilt. Es besteht kein Zweifel, daß Nasser durch politischen Druck und Umsturzpropaganda die Einverleibung aller arabischen Staaten in die neue «Union» erreichen will und dabei auf die weitgehendste Unterstützung Moskaus rechnen kann. Diese Unterstützung — mit russischen Unterseebooten in Albanien und Fallschirmjägern im Kaukasus in Bereitschaft — macht begreiflicherweise die britische Regierung auch um Israel besorgt. Anscheinend sieht nun Macmillan in einem neuen «Gipfel» die einzige Möglichkeit, die Welt neuerdings vom bösen Willen Moskaus zu überzeugen.

Die Führer der Labour-Partei betreiben dabei eine merkwürdige außenpolitische Propaganda, die, ernst genommen, einem Versuche gleichkommt, von der Regierung eine Politik nationalen Selbstmordes zu verlangen. Diese Propaganda hetzt vor allem gegen Dulles und redet den Leuten ein, eine Neutralisierung Mitteleuropas wäre nicht nur das einzige Mittel zur Beendigung des Kalten Krieges, sondern würde sogar von Rußland als Möglichkeit begrüßt werden, die unbequemen Satelliten in Ehren los zu werden. Der Oppositionsführer Gaitskell, der seinerzeit selbst einer solchen Neutralisierungsplan lancierte, hat nun der Schrift seines Freundes Denis Healey seinen Segen erteilt, «Neutraler Gürtel in Europa», in welcher der Abzug der Amerikaner und Russen aus Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei propagiert wird, ohne dabei die deutsche Wiedervereinigung, freie Wahlen in den unterjochten Ländern usw. überhaupt zu verlangen, als ob der Autor nicht wüßte, daß die Russen jegliche Räumung eines ihrer Satellitenländer von der Garantie seiner kommunistischen Verfassung abhängig machen und jeglichen Versuch freier Wahlen als Verletzung des Status quo rücksichtslos unterdrücken würden — was für Fallschirmjäger auch aus der Ferne kein Problem wäre. Der Rapacki-Plan dient dabei den britischen Sozialisten als Ausgangspunkt für ihre Neutralitätsphantasien und dessen Ablehnung seitens der meisten führenden westlichen Staatsmänner wird von ihnen als friedensfeindlich verschrien. Einer der besten Kenner der Kulissen der britischen Politik, der Londoner Korrespondent der «Basler Nachrichten», verurteilt in der Nummer vom 1. 2. diese «außenpolitische Propagandakampagne als demagogisch... Wie kann man auch ernsthaft behaupten wollen, es

habe in der Sowjetpolitik ein Kurswechsel stattgefunden?» Kann man denn die gigantischen russischen Rüstungen und kriegerischen Vorbereitungen im Innern, in der Ostsee, im Mittelmeer usw. einfach ignorieren? «Zu glauben, daß die Herren Attlee, Gaitskell und Bevan alles das nicht wissen oder vergessen haben, hieße ihre Intelligenz unterschätzen.» Niemand hat diese «Verwirrung der Geister» besser charakterisiert als der greise Ehrenpräsident der Liberalen Internationale, Salvador da Madariaga, in der NZZ vom 5. 1. 1958. Mit überzeugender Ironie stellt er Leute wie Aneurin Bevan an den Pranger, der als kommender Außenminister einer künftigen Labour-Regierung gilt und der die weltrevolutionäre Kriegserklärung der internationalen kommunistischen Konferenz in Moskau an die christliche Welt als «Ritualismus» abtut. Ebenso beweist er den Unverstand von Publizisten des «Observer» und «Manchester Guardian», welche die nackte Wirklichkeit in neutralistischen Träumereien vergessen und über Dulles herfallen wegen seiner so zutreffenden Beurteilung des Mangels an jeglichen Aussichten einer Verständigung mit den Sowjetführern, für die Verträge bloß Papierfetzen sind und die an ihrem dogmatischen Endziel, der Vernichtung des freiheitlichen Westens, rücksichtslos festhalten.

«Haben wir denn die betrügerische und gewaltsame Annexion der drei baltischen Staaten vergessen?» — fragt Madariaga. «Haben wir die Gefangennahme der Führer der polnischen Widerstandsbewegung vergessen, die Eden als mögliche Mitglieder einer neuen polnischen Regierung vorgeschlagen hatte und die im Vertrauen auf das Ehrenwort Marschall Schukows aus ihren Verstecken auftauchten? Hat man die Vergewaltigung der Tschechoslowakei und der anderen osteuropäischen Staaten vergessen? Hat man die Unterdrückung Ungarns vergessen, die Entführung von Imre Nagy und die unzähligen anderen Fälle zynischer Verletzung feierlich abgegebener Versprechen?»

Wenn man nicht wüßte, daß die leitenden Persönlichkeiten der Propaganda für einseitige «nukleare Abrüstung», die linkssozialistischen Schriftsteller Priestley, Kingsley Martin, Michael Foot, der greise Philosoph Lord Russel und andere es ehrlich meinen, müßte man sie für getarnte Agenten halten. Das gilt auch vom anglikanischen Domherren Collins, der zum spiritus movens dieser Bewegung geworden ist, die von der Regierung eine selbstmörderische Kapitulation erpressen will. Gott sei Dank ist das ausgeschlossen

Terrorismus

Der Kommunismus beschränkt sich ja in seinem Kampfe gegen den Westen nicht auf Europa und den Nahen Osten. Das durch den Gegensatz zwischen Griechenland und der Türkei schon so unlösbar gewordene Zypernproblem wird nun noch durch das Auftreten der Kommunisten kompliziert, welche die Gewerkschaften in Zypern beherrschen und sowohl die Briten als die griechischen und türkischen Nationalisten bekämpfen. Der Flottenstützpunkt Singapore ist durch die kommunistisch-chinesische Masse seiner Einwohner bedroht und im neuen freien Commonwealth-Staat Malaia müssen die Briten weiterhin die kommunistische terroristische Irredenta mit Waffengewalt niederhalten. Auch in den afrikanischen Kolonien machen sich kommunistische Umtriebe bemerkbar, trotz der Unterdrückung der Mau-Mau-Rebellion. Die terroristischen Attentate in Nordirland haben zwar nichts mit Kommunismus zu tun, genießen aber jedenfalls den Segen der Moskowiter.

Soweit hat die irische Republik die Verfassung des im britischen Staatsverband verbleibenden Nordirlands nicht anerkannt und beharrt auf dem Verlangen der «Wiedervereinigung» der Grünen Insel. Zwar verurteilt die Dubliner Regierung die Tätigkeit der Nordirland beunruhigenden Terroristenbanden der illegalen I. R. A. (Irische Republikanische Armee), tut aber wenig, um sie zu verhindern. Das zwingt die autonome Regierung von Nordirland in Belfast, gestützt auf eine Zweidrittelsmehrheit in ihrem Landtag, nicht nur eine besondere Polizeitruppe mit besonderen Vollmachten in den Grenzgebieten zu unterhalten, sondern auch einen großen Teil der über die Grenze

führenden Straßen hermetisch abzuriegeln. Auch die britischen Truppen in Nordirland sind in ständiger Bereitschaft. Die wirtschaftliche Lage in Nordirland ist dabei unverhältnismäßig besser als in der auf karge Landwirtschaft angewiesenen Republik, und die Regierung hofft durch fortgesetzte, großzügige Industrialisierung und durch die Auswirkungen der die Kleinpächter zu Eigentümern machenden Bodenreform auch das nach dem nationalirisch-katholischen Süden sich sehnende Drittel der Bevölkerung für die «Union mit der Britischen Krone» zu gewinnen. Nationalistischer Fanatismus ist aber überall ein böser Berater, und die irischen Katholiken sind dabei kinderreicher als die «unionistischen» Protestanten. Daher ist auch die Lösung dieses Problems noch nicht abzusehen.

Der Kampf gegen die Inflation

Die Umbildung der Regierung verursachte keine Krise. Der Rücktritt Thorneycrofts als Schatzkanzler war gewiß dadurch berechtigt, daß er die konservative Partei zwang, die Konsequenzen der Antiinflationspolitik der Regierung im Lichte des Diskontsatzes von 7% vom September 1957 in ihrem vollen Ausmaße zu begreifen. In seiner großartigen Rede im Parlament, während der von der Opposition verlangten Debatte über die Ursachen seines Rücktrittes, warf er beiden Parteien — und daher auch sich selbst — vor, durch politischen Größenwahn die Krise der Sterling-Währung heraufbeschworen zu haben. Mit großem Mut wies er nach, daß es für Großbritannien, nach den furchtbaren Opfern des zweiten Weltkrieges, ganz einfach unmöglich war, gleichzeitig eine atomare Großmacht, ein luxuriöser Wohlfahrtsstaat, eine Weltbank und eine Investitionszentrale für überseeische Gebiete zu sein. Thorneycroft hat dies selbst zu spät erkannt, und er wollte daher eine chirurgische Operation durchführen, die er sich durch zeitgemäße Maßnahmen vor geraumer Zeit hätte ersparen können. Eine solche Operation — auf Kosten der Ausgaben für Landesverteidigung und Wohlfahrtsstaat — erschien seinen Kollegen zu riskiert, und sie wollten daher vor allem etwas Zeit gewinnen. Wie der «Economist» vom 1. 2. richtig bemerkt, «war ja die ganze Kontroverse, die zum Rücktritt Thorneycrofts führte, nicht durch Meinungsverschiedenheiten über die Notwendigkeit der Währungs-, Preis- und Verdienststabilisierung bedingt, sondern bloß durch die Frage, wie weit der erste Eingriff zur Heilung der Währung gehen sollte». Thorneycrofts Erfolg beruht wohl jetzt darauf, daß «sein Verlangen nach einem unbedingten und rücksichtslosen Festhalten der Regierung an ihrem Widerstande gegen Mehrausgaben und Lohnerhöhungen anscheinend den Sieg davongetragen hat, gerade als Folge seines Rücktrittes». Thorneycroft und seine Kollegen versprachen ihren Nachfolgern ihre loyalste Unterstützung.

Der neue Schatzkanzler Amory fühlt sich übrigens durchaus als Nachfolger Thorneycrofts. Er glaubt das gleiche Ziel mit weniger drastischen Mitteln erreichen zu können. Dies mag ihm gelingen, wenn das Glück ihm treu bleibt. Er ist ein großer Optimist und hat sein Geschick als Ackerbauminister bewiesen, als er die übertriebenen Forderungen der subventionierten britischen Landwirtschaft zu dämpfen wußte. Die Konjunktur ist ihm jedenfalls günstig. Die Verbilligung der Weltmarktpreise für industrielle Rohstoffe und Lebensmittel, die England in so großen Mengen importieren muß, hat bereits eine 10%ige Senkung der britischen Großhandelspreise erreicht, ohne eine Reduktion der Exportpreise notwendig zu machen. Das Realaustauschverhältnis der Außenhandelspreise ist daher um 8% besser als zu Beginn des vergangenen Jahres. Die Überlastung der britischen Wirtschaft macht zwar noch für geraume Zeit die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Kreditrestriktionen notwendig. Aber der Kampf gegen die Inflation und um die Stabilisierung der Kaufkraft und der Parität des Pfund Sterling ist auf gutem Wege. Die Volksstimmung ist sich anscheinend endlich der Gefahren einer weiteren Inflation bewußt geworden und hat daher immer weniger Verständnis für Lohnforderungen, die bloß auf Kosten der Tasche des kleinen Mannes verwirklicht werden können. Das einst bei den Sozialisten so populäre Schlagwort des

Kampfes gegen die privilegierte Klasse beginnt sich mehr und mehr gegen die Gewerkschaften zu wenden, die ihren Mitgliedern eine Sonderstellung in der so allgemeinen Reduktion des Lebensstandards in der Nachkriegszeit sichern wollen. Daher sind die Gewerkschaftsführer sehr vorsichtig geworden, da Streiks außerordentlich kostspielig und unpopulär wären und bloß dem Prestige der Regierung zugute kommen könnten. Das hat sich am besten im Verhalten des Personals der Londoner Autobusse gezeigt, nach der wiederholten kategorischen Ablehnung ihrer Lohnforderungen seitens der staatlichen Transportbehörde. Auch die Eisenbahner wissen, daß das Publikum nicht mehr für Fahrkarten zahlen will und die gegenwärtigen hohen Preise für öffentliche Transportmittel bereits eine Verringerung des Verkehrs und eine Reduktion seiner Einnahmen bewirkt haben. Herr Cousins, der Gewerkschaftssekretär der mächtigsten Gewerkschaft — der Transportarbeiter —, sieht also die Grenzen seiner Allmacht. Das gilt mutatis mutandis auch für die Bergleute, im Hinblick auf die weitgehende Elektrifikation und Motorisierung der Eisenbahnen, welche die Rolle der Kohle reduziert. Auch in der Industrie beginnt Erdöl die Kohle zu verdrängen.

Der Regierung hat auch das Urteil des Sondergerichtes sehr geholfen, das die Verdächtigungen seitens der sozialistischen Opposition, vor allem seitens des gewesenen Handelsministers Wilson, so gründlich widerlegte. Die Opposition war allzu sicher, die Regierung in flagranti ertappt zu haben und sie parteipolitischer Indiskretion bei Gelegenheit der Diskonterhöhung anklagen zu können, ja sogar der Ausnützung dieser Erhöhung für Börsengewinne am Vortage der Erhöhung. Die Sozialisten versuchten vergebens ihr Vorgehen zu rechtfertigen mit dem Hinweis, auf die Enthüllungen im Laufe des Sondergerichtsverfahrens über die Pflichtenkonflikte von Mitgliedern der Direktion der Bank von England, die gleichzeitig Leiter privater industrieller Konzerne oder Banken sind. Das gegenwärtige Statut der Bank von England ist ja während der Amtszeit der ersten sozialistischen Nachkriegsregierung Gesetz geworden — bei Gelegenheit der Verstaatlichung der Bank. Überdies haben diese Direktoren von ihrem Vorwissen keinen Gebrauch für ihre eigenen Interessen gemacht, und diese Verknüpfung der Bank von England mit dem nichtstaatlichen Wirtschaftsleben wird in maßgebenden wirtschaftlichen Kreisen als äußerst nützlich und zufriedenstellend betrachtet. Trotzdem wird die Regierung ihren endgültigen Standpunkt in dieser Frage von der Meinung der unparteilichen Untersuchungskommission Lord Radcliffes abhängig machen. Der Mechanismus der Bank mag wohl etwas veraltet sein, und eine Modernisierung würde ihr nicht schaden.

Trotz der besseren Aussichten der Regierung auf Erfolg in ihrem Ringen um die Stabilisierung von Währung und Wirtschaft bleibt sie gezwungen, den von Thorneycroft eingeschlagenen Weg radikalster Einsparungen fortzusetzen. Das ist der Grund für die gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Beteiligung Großbritanniens an der Verteidigung Westeuropas. Einerseits verlangt die britische Regierung von ihren Bundesgenossen, vor allem von Westdeutschland, finanzielle Unterstützung für die britische Rheinarmee, die sie sonst wiederum stark zu reduzieren droht. Anderseits hat sie dem Parlament die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, nicht später als im Jahre 1960, versprochen, was in Anbetracht des andauernden Mangels an Freiwilligen ganz unmöglich sein wird und — so lange es beinahe keine nennenswerte Arbeitslosigkeit gibt — keinerlei Aussichten hat, durchgeführt zu werden. Der neue Schatzkanzler hat einen dornigen Weg vor sich.

Adam Romer

Grundlagen eines neuen Soldaten

Eindrücke von einem Besuch bei der deutschen Bundeswehr

Als wir in Bonn waren, wurde uns ein neuer Lehrfilm für die Truppe gezeigt. Er trägt den Titel «Alte und neue Disziplin» und dauert nur wenige Minuten. Eindrücklich sind die Gefechtsformen von der linearen bis zur atomaren Taktik einander gegenübergestellt, und es wird klar, was für Folgen diese Wandlung der Taktik für den einzelnen Soldaten hatte. Seinerzeit mußte er ein gut funktionierendes Rad in der Maschinerie des Heeres sein, wozu er nach einem ausgeklügelten System abgerichtet wurde. Heute, und das in zunehmendem Maße seit Beginn des letzten Jahrhunderts, gewinnt die Fähigkeit zum Mitdenken und zur Übernahme persönlicher Verantwortung durch jeden einzelnen immer größere Bedeutung. Dieser Film, der auch die Tiefen der deutschen Soldatengeschichte packend darstellt, soll die Truppe mitten in die Probleme der Disziplin führen und die Diskussion anregen. Diesen Zweck erfüllte er jedenfalls bei uns. Die für und wider die Zweckmäßigkeit eines solchen Lehrmittels vorgebrachten Argumente sind hier unwichtig. Über den kleinen Kreis jener Zuschauer hinaus schien uns jedoch das Folgende typisch: Den Deutschen ging es in erster Linie um den Gehalt des Filmes; sie kümmerten sich darum, ob ihnen die Verdeutlichung ihrer modernen Erziehungsgrundlagen und des neuen Begriffs der Disziplin, die sich weit vom blinden Gehorsam entfernt und der Selbstzucht entsprechen soll, gelungen sei. Der Soldat müsse sich der vollzogenen Wandlung bewußt werden. Die Schweizer kümmerte dieser Aspekt weniger. Sie anerkannten diese infolge der Vergangenheit notwendig gewordene Bemühung, doch war ihnen vieles eher selbstverständlich. Ihr Interesse galt der praktischen Verwendbarkeit, der Methode der Erziehung zu dieser neuen Disziplin und der Frage, wie sich der heutige Soldat dazu stellt.

Die erwähnte Episode charakterisiert unseres Erachtens die heutige geistige Situation der Bundeswehr. Die ohne Zweifel eindrucksvolle Leistung auf dem Gebiet der theoretischen Grundlagen führte offenbar zu einem gewissen Optimismus bezüglich der praktischen Probleme. Was für uns im Reifeprozeß des letzten Jahrhunderts allmählich zur Selbstverständlichkeit wurde, nämlich die Einheit von Bürger und Soldat, die Anerkennung der Persönlichkeit des Wehrmanns, weil er seinen Teil der Verantwortung am Staatsleben auch außer Dienst trägt, aber auch die Notwendigkeit bedingungslosen Einsatzes, muß sich in Westdeutschland innerhalb kürzester Zeit einspielen. Wer die Bundeswehr besucht, darf deshalb nicht stillschweigend von den Voraussetzungen des Volksheeres in der Demokratie ausgehen und sich militärtechnischen Fragen zuwenden. Er wird finden, daß der geistige Werdegang noch zu einem Übergewicht an grundlegender Arbeit zwingt, deren erste Ergebnisse, wie es eine deutsche Lehrschrift formuliert, eher als Marschrichtung denn als feste Straße dienen können.

Wie im Völkerleben ist auch bei einer Wehrmacht die Zeit der Neuerhebung aus dem Zusammenbruch alter Ordnungen besonders dramatisch. Die moralischen Grundlagen der westdeutschen Armee wurden konzipiert noch ehe ein deutscher Soldat Uniform trug. Der Anstoß dazu war die politische Notwendigkeit; die Hauptaufgabe war die Bewertung der militärischen Überlieferung vor dem Hintergrund eines neuen politischen und sozialen Gefüges, das inmitten einer zunehmend technisierten Welt selbst noch nicht in allen Teilen feste Züge trägt. Es galt, das Alte auf seine weitere Tauglichkeit zu prüfen und es mit Neuem zu verschmelzen. Die Schaffung einer solchen Armee ist deshalb weit mehr als ein Rechenexempel mit Waffen, Geld, Maschinen und Menschen; sie ist ein geistiger Akt, der bei weitem noch nicht beendet ist.

Deutschland hat den 2. Weltkrieg verloren. Mehr noch, es hat jahrelang ein Regime erduldet, das nicht nur im feindlichen Ausland Furcht und Schrecken verbreitete, sondern auch im eigenen Lande die Menschenwürde mit Füßen trat. Die Gründe dieser Tatsachen sind außerordentlich zahlreich. In erster Linie wurde die alte Wehrmacht und ihre militärische Erziehung verdächtigt, für beides verantwortlich zu sein. Anknüpfungspunkte für die Kritik, auch wenn sie mehrheitlich unsachlich und übertrieben war, gab es natürlich. Vieles am Wiederaufbau kennzeichnet sich deshalb als *Reaktion auf derartige Kritik*, sei sie nun gerechtfertigt oder nicht. Wie verständlich stehen die Gewissensfragen im Vordergrund. Der Prüfstein jedes Soldaten ist der 20. Juli 1944. Wenn auch betont wird, daß jener Widerstand gegen Hitler nicht ein speziell soldatisches Problem sei und nichts mit Gehorsam, Ungehorsam und Befehlsverweigerung zu tun habe, so ist doch offensichtlich die Grundfrage diese, ob die militärische Zucht an sich dem Totalitären Vorschub leiste und damit die Gefahr einer Wiederholung ähnlicher Vorgänge bestehe, wie sie heute zum Beispiel in der Sowjetzone wieder lebendig sind.

Eine weitere Abwehrhaltung macht sich gegenüber den *Auswüchsen der militärischen Form* bemerkbar. Der Staatsbürger, der ja bei seinem Wehrdienst nicht in eine andere Welt eintreten soll, sondern in seiner Persönlichkeit unangetastet bleibt, muß die Gewißheit haben, daß seine Würde geschützt ist. Nicht nur Schikane, sondern auch schematische, seelenlose Ausbildung wird abgelehnt. Der «Kommis», etwa mit «sturer militärischer Betrieb» zu übersetzen, darf nicht mehr aufkommen. Konsequent beschränkt man deshalb auch die formelle Ausbildung auf das Nötigste und will alles und jedes nur auf das Gefecht abstellen. Drill ist nur als Waffendrill, das heißt als mechanisches Einüben gewisser Handgriffe, gestattet und wird als Mittel, die soldatischen Eigenschaften zu fördern und die Angewöhnung an die Disziplin zu erleichtern, wie er noch im schweizerischen Heere Anwendung findet, rundweg abgelehnt. Mindestens der Theorie nach gilt also unser Einzel- und Abteilungsdrill als überholte, durch nichts mehr gerechtfertigte Form, als Konvention, für die man nirgends Verständnis hat. Deutlich festzuhalten ist bei der Betrachtung dieser Abwehrreaktion aber dies: Die Angriffe der Öffentlichkeit richteten sich in der Hauptsache gegen Auswüchse des Militärischen; die Substanz des Soldatischen und auch seine Erziehungsmethode wurde nicht generell angegriffen, sie bleibt, wie wir sehen werden, auch heute intakt.

Zwei Schwergewichte zeichnen sich für den Beobachter bald einmal ab. Einmal die Bemühung, die Bundeswehr dem Volk und dem Staat gegenüber vertrauenswürdig erscheinen zu lassen, indem sie dem Staat nicht nur Schutz verspricht, sondern die wehrdienstleistenden Bürger in einer dem neuen politischen Denken angemessenen Weise auf ihre schwere Aufgabe vorbereitet. «Selbstbewußt und doch bescheiden, aufrecht und treu, gottesfürchtig und wahrhaft, verschwiegen und unbestechlich soll der Soldat dem ganzen Volke ein Vorbild männlicher Kraft sein», so lautete einst die Forderung an die Armee (Pflichten des deutschen Soldaten, 1934); heute wird diese Vorbildwirkung nicht mehr erstrebt; der Soldat erhält nur als Staatsbürger seine Berechtigung und genügt seiner Aufgabe, wenn er den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten vermag. Ob die Bundeswehr nicht freilich in einer anderen Beziehung, nämlich in ihrer pädagogischen Funktion, sei es als Erzieherin der Jugend, sei es lediglich durch Ausarbeitung von Erziehungsgrundsätzen wieder einmal zum gebenden Teil werden wird, bleibe dahingestellt. Sicher ist jedenfalls bereits, daß Menschenführung und Erziehung Hauptanliegen der neuen Armee sind.

Diese sogenannte «innere Führung», die alle Bereiche umfaßt, welche mit dem Soldaten als Menschen zu tun haben, bildet das zweite Schwergewicht. Geistige Rüstung und zeitgemäße Menschenführung werden als Voraussetzungen für die Schlagkraft einer Truppe im modernen Kriege angesehen. Hier liegt das weite Feld derjenigen, welche sich um die Gestalt des neuen Soldaten bemühen. Wenn wir den Arbeitsbereich

im folgenden kurz abgrenzen, so sind wir uns bewußt, daß diese Worte sehr wenig sagen. Derjenige, der selber in irgendeiner Stellung Erziehungs- und Führungsaufgaben hat, wird sich dennoch klar werden, daß Innere Führung somit die ganze Skala zwischenmenschlicher Beziehungen umfaßt. Ein Arbeitsgebiet beruht darin, die Grundsätze der soldatischen Ordnung, die auf dem Grundgesetz und dem Soldatengesetz fußt, in *Dienstvorschriften* zu fassen. Es behandelt alle Fragen des Verhältnisses zum Staat, der soldatischen Formen usw. Das *Disziplinarwesen* gibt die erzieherischen Hinweise für die Handhabung der Gesetze und Rechtsverordnungen in der Truppe. Die *Truppeninformation* umfaßt Fragen der geistigen Rüstung, vermittelt staatsbürgerliche Erziehung und Bildung. Aktuelle und allgemeine Informationen sollen das Weltbild des Soldaten erweitern. Weil bei langen Dienstzeiten auch die vernünftige Anwendung der Freizeit zum Problem wird, erarbeitet die *Truppen-Betreuung* Richtlinien und Vorschläge für die Freizeit des Soldaten. Das wichtigste Sachgebiet ist jedoch sicher das *Erziehungs- und Bildungswesen.* Hier werden Ziele gesteckt und Methoden entwickelt sowie alle Formfragen des dienstlichen und außerdienstlichen Gemeinschaftslebens geklärt, was für eine so große Organisation, die noch keinen eigenen Stil besitzt, von zentraler Wichtigkeit sein kann.

Wie wird nun aber diese Erziehung gesehen? Und was ist eigentlich das Neue gegenüber der früheren soldatischen Erziehung, die ja in manchen Beispielen hervorragende Resultate zeitigte und eine Ablehnung in Bausch und Bogen sicher nicht verdienen würde? In den Erziehungsgrundsätzen zeigt sich der Niederschlag der bitteren Erfahrungen. Man will die sittlichen, geistigen und seelischen Kräfte wecken, die mehr noch als fachliches Können den Wert des Soldaten ausmachen. Die richtige Erziehung soll rechtliches Denken und Achtung vor der Ehre und Würde des Mitmenschen wecken. Außerdem — und dies ist ein Novum —: die soldatische Erziehung soll auch die staatsbürgerliche Bildung fortführen. Das schließt vor allem die Erziehung zum Bewußtsein politischer Mitverantwortung und zur Wahrung der persönlichen Würde ein (Leitsätze für die Erziehung des Soldaten, 1957, ZDv 11/1). Man sieht, es gibt nicht mehr zwei Welten, die zivile und die militärische, welche außer der gegenseitigen Abhängigkeit keine Berührung haben. Die Synthese beider Welten ist eingeleitet. Wir berühren die Aufzählung von Gehorsam und Pflichtbewußtsein, von Tapferkeit und Ritterlichkeit, von Kühnheit und Willenskraft, Besonnenheit und Beharrlichkeit unter den Zielen nur, um zu zeigen, daß sich hierin die soldatischen Maßstäbe nicht gewandelt haben. Neue Gesichtspunkte haben wir hingegen wieder in folgender Formulierung: «Die Bereitschaft zur soldatischen Leistung wächst mit der Einsicht. Nur der Soldat, der die Bedeutung seiner Aufgabe erkannt hat und der von ihrer Notwendigkeit überzeugt ist, wird seine Pflicht treu erfüllen.» Diese Erkenntnis hat eine besondere Methode zur Folge, welche verlangt: «Alle Anforderungen sind dem Soldaten, wo es möglich ist, von der Sache her begreiflich zu machen.» Ein besonderer Optimismus dem Menschen gegenüber zeigt sich in diesen Erziehungssätzen, welcher nach der Katastrophe sicher nicht selbstverständlich ist. Ein hoher sittlicher Gehalt, aber auch Weite und Tiefsicht können ihnen nicht abgesprochen werden. Letztere wird besonders deutlich, wenn es etwa heißt: «Streben nach Gerechtigkeit ist die Voraussetzung aller erzieherischen Wirkung, Liebe die Kraft, die auch Unvollkommenes trägt. Gerechtigkeit wächst aus Ehrfurcht, Liebe aus Gottesfurcht.»

Das optimistische Menschenbild rechnet damit, jeden Soldaten, in welchem Grad er auch diene, zur Mitverantwortung heranziehen zu können. Selbstarbeit von kleinen Gruppen, Lehrgespräche, Gewöhnung statt Drill und Stärkung des Selbstvertrauens sollen dazu beitragen. Wir möchten immerhin nicht versäumen, auf eine Klippe hinzuweisen, die sich bei der praktischen Erziehungsarbeit leicht als solche erweisen könnte. Man wird gegen die folgende Formulierung nichts einwenden: «Aus der Einsicht in die Notwendigkeit des Tuns erwächst die Bereitschaft zum Mittun, der Wille zur Selbsteinordnung und zur Selbstzucht. Nur darunter können wir heute Disziplin verstehen.» Und doch wird gleich darauf als Methode angegeben, daß, um Selbsteinordnung und

Selbstzucht zu erreichen, der Mann in Ordnung und Zucht von allem Anfang an hineinzustellen ist (Handbuch Innere Führung, 1957, S. 112). Damit ist doch wohl auch der erzieherische Wert der soldatischen Form wieder anerkannt, der im übrigen eher zurückhaltend gewertet wird. Ohne straffe Form wird es in keinem Heere abgehen; gerade während der Ausbildung im Frieden ist das feste Gefüge notwendig, das Sicherheit und Präzision gewährleistet. Gebrauch und Mißbrauch hängen, ungeachtet der allerbesten theoretischen Voraussetzungen, gerade deshalb von der Persönlichkeit des Erziehers ab. Seiner Ausbildung wird darum auch große Aufmerksamkeit geschenkt.

Mit diesem flüchtigen Einblick in die Gedankenwerkstatt der Baumeister der neuen deutschen Armee müssen wir uns begnügen. Es bleibt zu sagen, daß der enge Kontakt zwischen Dienststellen und Truppe dauernd angestrebt wird. So dient die «Schule Innere Führung», wo höhere Truppenoffiziere am praktischen Beispiel mit all diesen Fragen konfrontiert werden, nicht nur zur Belehrung der Schüler, sondern auch zur Erweiterung des Gesichtskreises der Theoretiker. Ihre Abkommandierung zur Truppe, aber auch nur die Kommentare, die sie von dort erhalten, und die Besuche, die sie dort machen, beugen einem einseitigen spekulativen Denken vor.

Erste praktische Schritte

Bei der Truppe zeigt sich noch weniger festes Gut und noch mehr tastender Versuch. Sicher gibt ein kurzer Besuch in wenigen Standorten noch keine Berechtigung zu einem Urteil über den Geist einer ganzen Armee. Einige Bemerkungen und Vermutungen seien trotzdem gewagt. Es gibt noch keinen Stil des deutschen Soldaten oder auch nur des deutschen Offiziers. Trotzdem das Gedankengut der Inneren Führung, das wir eben geschildert haben, viel Durchschlagskraft verspricht und immer wieder sichtbar wird, glauben wir doch, daß der heutige Stand der Bundeswehr durch den Persönlichkeitswert des einzelnen, des Unteroffiziers und Offiziers, noch weitgehend bestimmt wird. Vor allem der Führung kommt in dieser Übergangszeit besondere Bedeutung zu. Und da scheint auch in dieser Hinsicht ein Optimismus gerechtfertigt: Bei der Truppe herrscht eine erstaunliche Aufgeschlossenheit dem Neuen gegenüber. Wohl hat sich heute auch manches behelfsmäßig eingespielt, das in einem festen Gefüge einer starken Armee nicht nötig wäre, und man ist stolz auf vieles, das durch eigene Tatkraft und ohne fremde Hilfe erreicht wurde, was eine gewisse Gefahr der Stagnation und Eigenwilligkeit in sich birgt. Aber dieser Zug wird doch zurückgedrängt hinter einem frischen Anpacken der Aufgaben. Wir sahen Truppenteile, deren guter Geist in Haltung, Sprache und Verkehr vom Rekruten bis hinauf zum Kommandeur in den ersten Minuten spürbar wurde. Wir sahen die Anstrengung jedes einzelnen, durch ein besonderes Maß an Initiative, Ernst und Hingabe den Anforderungen, sei es nun in irgendeiner mechanischen, handwerklichen oder erzieherischen Funktion gerecht zu werden. Dies zeigt, daß über den Sinn der Arbeit und über die Bedeutung und Wichtigkeit des militärischen Tuns auch in dieser Zeit kein Zweifel besteht. Offiziere und Unteroffiziere sind Berufsleute. Wer aber bei ihnen ein *l'art pour l'art* erwartet, hat sich getäuscht. Viele sind Erzieher aus Berufung, einige fühlen sich genötigt, auf die Bedrohung der staatlichen Existenz mit ihrem Dienst zu antworten, andere auch gehören dem Wehrstande an, wie sie ihm wohl zu jeder Zeit und in jeder Epoche angehört hätten. Gerade bei diesem letzteren Typ, der dem Demokraten ja von Hause aus verdächtig ist, stellten wir indessen fest, daß auch er sich bemüht, seine Sendung im Zuge der neuen Zeit zu erfüllen.

Mancher Streit zwischen Troupiers und ihrer eigenen Methode und zentral und modern erarbeiteten Grundsätzen wird noch auszutragen sein. Aber noch verfügen die meisten Kader über Kriegserfahrung als Korrektiv und Maßstab, auf den immer wieder eingeschwenkt werden kann. Es helfen aber auch heute schon alle die vorsorglich bis ins Detail getroffenen gesetzlichen Regelungen. Der Soldat ist vor schlechter Behandlung so weitgehend geschützt wie vielleicht in keiner anderen bestehenden Armee.

Er hat das Recht, sich außerhalb der bestehenden Beschwerdeordnung direkt an den Bundesminister für Verteidigung oder direkt an den Wehrbeauftragten des Bundestages, einen mit den weitestgehenden Kontrollrechten ausgestatteten Funktionär der zivilen Legislative, zu wenden. Unbesehen ob sich solche Einrichtungen in Zukunft bewähren oder eher ein gewisses Mißtrauen gegen die militärische Spitze säen, auch hier wird es auf den Geist ankommen, mit welchem diese Rechte ausgeübt werden. Wer die heutigen Rekruten und Soldaten bei ihren Übungen sieht und sie im Verkehr mit ihren Vorgesetzten beobachtet, hat das Gefühl, daß das als Ziel der Erziehung geforderte Vertrauensverhältnis bereits in vielen Truppenkörpern besteht. Leute aller Erlebnisbereiche und Landsmannschaften, aller Berufe und politischen Schattierungen bieten ihren Vorgesetzten auch hier kein größeres Problem als dasjenige, realistisch denkende, aber begeisterungsfähige, nach Leistung und Betätigung strebende junge Menschen auf ihre harte Arbeit als Soldat vorzubereiten, damit sie im kalten wie im heißen Gefecht bestehen.

Wer in der Bundeswehr einen neuen Typus des europäischen oder gar internationalen Soldaten sucht, wird, fürchten wir, nicht auf die Rechnung kommen. Es ist ein deutscher Soldat, der auf wertvollen Überlieferungen aufbaut, und zugleich ein moderner Soldat, der sich mit den ganz speziellen Bedingungen und Elementen eines vollkommen neuen Staates, der sein Staatsvolk erst gewinnen muß, auseinandersetzt. Er ist vielleicht insofern der Soldatentypus von morgen, als sein Blick auf die Zukunft gerichtet ist.

Gustav Däniker